

# Schleichende Privatisierungen

*Privatisierungen zum Schuldenabbau fordert die Industrie. Die Regierung schweigt. Müssen wir uns fürchten? Nur, wenn wir die Privatisierer gewähren lassen.*

Autor: Wilfried Leisch

Freier Journalist und Publizist in Wien

**W**ährend unter Schwarz-Blau (2000–2006) blindwütig und offen Staatsvermögen, also eigentlich Volksvermögen, privatisiert und ausverkauft wurde, sind die Privatisierer heute leiser, aber beharrlich unterwegs. Umfasste die Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG) vor zehn Jahren noch über 20 Beteiligungen, sind es heute nur mehr vier: Post (52,9 Prozent), Telekom (28,4 Prozent), OMV (31,5 Prozent) und **GKB** (100 Prozent). Außerdem hält die ÖIAG 100 Prozent an der **FIMBAG**, der Banken-ÖIAG, die die Vergabe von Steuergeldern an die Spekulationsbanken (z. B. Hypo Alpe Adria, Volksbanken, Erste ...) zu deren Gewinnabsicherung durchführt. Insgesamt geht es (noch) um mehr als 85.000 MitarbeiterInnen (davon fast 50.000 in Österreich) und 33 Mrd. Euro Umsatz. Ende der 1950er-Jahre waren im gesamten verstaatlichten Bereich etwa 275.000 Menschen beschäftigt.<sup>1</sup>

## Exorbitante Gewinnentwicklung

Mit dem Ausverkauf an meist ausländische Private ging eine exorbitante Gewinnentwicklung einher: So verzeichnete etwa die voestalpine-Aktie 2010 gegenüber 2000 ein Plus von 407 Prozent, die OMV-Aktie plus 418 Prozent.<sup>2</sup> Was zeigt: Ob (voll)privatisiert oder nicht, die Industrieflaggschiffe Österreichs stehen mehr als gut da. Nur, dass davon die Allgemeinheit, die für die Errichtung dieser Unternehmen in der

Vergangenheit zahlte, nichts mehr hat; es profitieren vielmehr PrivatanlegerInnen mit dicker Brieftasche. Diese Betriebe stehen nicht wegen, sondern trotz der Privatisierungen gut da. Denn das immer wieder von Industriellenvereinigung (IV) und Wirtschaftskammer (WKÖ) vorgebrachte „Argument“, dass Privatisierungen wegen der Schuldenlast notwendig waren und seien, ist ein Vorwand, um dem Widerstand von ArbeitnehmerInnen die Seiten zu nehmen. Die viel zitierten „Schulden“ der Verstaatlichten waren in der Regel Gewinne der Kreditgebenden Banken, weil die Verstaatlichten von ihrer Eigentümerin, der Republik Österreich, keine entsprechende Kapitalausrüstung erhielten, obwohl die Betriebe über Jahrzehnte Milliarden an Steuern und Dividenden in das Budget zahlten.<sup>3</sup>

## Attraktive Braut ÖBB

Weil die noch im ÖIAG-Bereich befindlichen Betriebe Gewinne machen, haben sich Veit Sorger (IV) und Christoph Leitl (WKÖ) ein neues „Schuldenargument“ einfallen lassen, um nicht nur diese, sondern auch Unternehmen der Gemeinwirtschaft wie Energieversorger, die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG)<sup>4</sup> oder die Bundesforste (ÖBf) für die Privatisierung reif zu reden. Auch für die ÖBB solle langfristig ein „strategischer Partner“ gesucht, sprich ausverkauft, aber vorher dafür „gespart“ werden. Denn, so WKÖ-Chef Leitl: „Wir können nur eine attraktive Braut verheiraten. Die ÖBB muss sich noch etwas herausputzen.“ Mit den Erlösen sollen angeblich die Staatsschulden reduziert werden. IV-Sorger: „Das sind Fragen der

Pragmatik und der leeren Töpfe.“<sup>5</sup> Wer hat denn die Staatsstöcke geleert? Die arbeiten den Menschen nicht, die zahlen zu 80 Prozent über Lohn-, Einkommens- sowie Mehrwertsteuer die Budgeteinnahmen. Geplündert werden die Staatskassen für Unternehmens- und Bankenpakete: Bislang circa zehn Milliarden Euro für die vormals nach dem Motto „Private wirtschaften besser“ geführte Hypo Alpe Adria und die Volksbanken – Ende nach oben offen.<sup>6</sup> Mit 59 Mrd. Euro haften die SteuerzahlerInnen allein für die Schulden österreichischer Banken.<sup>7</sup> Oder die Milliardenbeträge für die EU-Rettungsschirme: Hier werden Steuergelder für die Europäische Zentralbank bereitgestellt, die diese den „notleidenden“ europäischen Banken um ein Prozent Zinsen zur Verfügung stellt. Die Banken wiederum verleihen dieses Geld, sofern sie damit nicht ihre faulen Kredite abdecken und es so von der Realwirtschaft fernhalten, an die sich für die Banken verschuldenden Staaten zurück – im Schnitt um vier Prozent – oder um ca. sieben Prozent an Unternehmen.<sup>8</sup> Die für die „Rettung“ aufgenommenen Staatsschulden dienen somit zur „Risikoabdeckung“ oder klarer gesagt, für die Gewinne der Banken, samt Millionengagen und Boni für deren Direktoren und Manage-

<sup>1</sup> Siehe ÖIAG-Geschichte und Geschäftsberichte.

<sup>2</sup> z. B. Kronen Zeitung, 12. 2. 2011.

<sup>3</sup> Konzernbetriebsrat der voestalpine AG (Hg.): du voest mir, Wien 2004, S. 18–27.

<sup>4</sup> In das am 28. 3. 2012 im Parlament beschlossene Sparpaket wurde auch die mögliche Teilprivatisierung der BIG hineingepackt; Kurier, 3. 5. 2012.

<sup>5</sup> WKÖ-Pressesaussendung, 4. 5. 2011.

<sup>6</sup> Format Nr. 15/12; Kurier, 26. 4. 2012.

<sup>7</sup> Lt. parlamentarischer Anfrage, Heute, 26. 3. 2012.

<sup>8</sup> vgl. dazu: Georg Weiland: Die Tricks mit den Rettungspaketen, Kronen Zeitung – Wirtschafts-Magazin 12. 5. 2012 und Peter Rabl im Kurier 27. 5. 2012